

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 74 (1999)
Heft: 2

Rubrik: Leserbriefe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial der Dezember-Nummer 98

Mit Interesse habe ich das Editorial zur Dezember-Nummer des Schweizer Soldat gelesen, in dem Sie unsere beiden Volksinitiativen für eine Schweiz ohne Armee und für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst erwähnen. Sie schreiben, «dass der überwältigende Teil meiner Militärdienst leistenden Landsleute für Frieden und Freiheit einsteht.» Hier gehe ich ganz mit Ihnen einig. Die Schweiz mit ihrer Tradition der direkten Demokratie ermöglicht ihren Bürgerinnen und Bürgern, Interessensgegensätze auf dem politischen Weg auszutragen. Sie werfen den VertreterInnen des links-grünen Spektrums vor, sie sähen den «dienstleistenden Bürger am liebsten in der Rolle einer Kriegsgurgel». (An welche «VertreterInnen» denken Sie hier?) Ich als «Vertreterin des links-grünen Spektrums» habe in meiner Umgebung solche Diffamierungen von Militärdienstleistenden nie erlebt. Doch vielleicht macht man andere Erfahrungen, wenn man Uniform trägt. Jede derartige Feindbild-Etikettierung, aus welcher politischen Ecke auch immer, widerspricht zutiefst meiner Auffassung vom zwischenmenschlichen Umgang. Doch – Hand aufs Herz, Herr Hungerbühler – wiederholen Sie nicht genau das, was Sie anderen vorwerfen, wenn Sie uns, der GSoA, «naïve Vorstellungen von der sicherheitspolitischen Situation» unterstellen? Der Vorwurf der Naivität ist genauso alt wie die erste pazifistische Idee. Und ich muss sagen, ich finde ihn genauso langweilig wie der Vorwurf der «Kriegsgurgel». Der Austausch von Klischees bringt in der politischen Meinungsbildung erfahrungsgemäss keine Fortschritte. Ich möchte Sie lieber fragen, ob Sie denn unsere Analysen, die den Initiativen zugrundeliegen, gelesen haben. (Sie finden diese in unserer Publikation «GSoA-Zitig» und unter www.gsoa.ch). Angesichts der veränderten politischen Weltlage zeugt es auch von wenig Weitsicht, dieselben Vorwürfe an uns zu richten wie in den 80er Jahren. Heute sind viele Ansichten Allgemeingut, für die wir vor ein paar Jahren beschimpft wurden; zum Beispiel dass die Schweiz militärisch nicht bedroht ist, dass Sicherheit nicht mehr nationalstaatlich organisiert werden kann, dass nicht die Armee die Schweiz vor Hitler gerettet hat usw. Ihre und meine politischen Lagebeurteilungen liegen vielleicht heute gar nicht so weit auseinander. Unsere Meinungen trennen sich vor allem bei der Einschätzung dessen, was getan werden sollte. Da man sich nicht gut über den Krieg beklagen kann, wenn man ihn selber vorbereitet, versucht die GSoA (wie artverwandte Organisationen auf der ganzen Welt), andere Handlungsmöglichkeiten zur «Sicherung» des Friedens zu entwickeln. Ganz verkürzt: Wenn Menschen in gerechten Verhältnissen leben, die sie selber mitbestimmen können, dann werden sie ihre Interessenkonflikte friedlich austragen. Mit Armeen kann man weder gerechte Verhältnisse schaffen noch Mitbestimmung ermöglichen. Es gibt keine Armee, die nicht der einen oder anderen Macht- und Interessenpolitik dient. Alle Blauhelme und Krisenmanagement-Truppen der NATO usw. stehen vor diesem Problem. Sie können höchstens einen Konflikt «einfrieren», nie aber lösen, geschweige denn dazu beitragen, dass er präventiv in friedlichen Bahnen bearbeitet wird. Diese Aufgabe, an der zivilen, gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten zu ar-

beiten, erachte ich als das wichtigste Gebot heutiger Sicherheitspolitik, überall auf der Welt. Dazu kann die Schweizer Armee keinen Beitrag leisten, und sie kann ohne Verlust und ohne Gefahr der Destabilisierung abgeschafft werden.

Was sollte also unserer Meinung nach getan werden? Wenn wir feststellen, dass Gerechtigkeit die Voraussetzung von Frieden ist, dann folgt daraus, dass gerechte Verhältnisse geschaffen werden müssen. Das sind solche, in denen alle Beteiligten die Möglichkeit haben mitzuwirken, d. h. wir unterstützen jene Menschen und Organisationen, die sich für Demokratie einsetzen. Gerechte Verhältnisse erfordern die Respektierung und Sicherheit des einzelnen, d. h. wir unterstützen Menschenrechts- und Frauenorganisationen. Ebenso unterstützen wir Organisationen, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Dieses Ziel streben wir mit der Initiative für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst an (dieses Projekt wird in fast allen Ländern Europas entwickelt, auch in der OSZE).

Mittlerweile ist vielen klar, dass mit militärischen Mitteln Konflikte nicht gelöst werden können. Militär kann im besten Fall eine Art Feuerwehrfunktion haben. Wir müssen aber unsere menschlichen und finanziellen Anstrengungen darauf richten, den Brand zu verhindern. Das geht nur mit langfristiger, präventiver Arbeit im oben skizzierten Sinn. Es bleibt uns auch gar keine andere Wahl, wenn wir nachhaltig friedliche Verhältnisse anstreben. Das ist sicher auch in Ihrem Interesse. Es gibt deshalb keinen Grund für Sie, unsere Initiative für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst nicht zu unterstützen.

Übrigens: Die Armeeabschaffungsinitiative heisst nicht «Sicherheit statt Verteidigung», wie Sie fälschlicherweise schreiben. Dieser Titel wurde von der Bundeskanzlei abgelehnt. Sie heisst «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und für eine Schweiz ohne Armee».

Im Interesse eines Abbaus von Feindbildern würde ich es begrüßen, wenn Sie diesen Brief in der nächsten Nummer des Schweizer Soldat abdrucken könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Schoch, GSoA-Sekretariat

150 Jahre Bundesstaat: eine Bilanz!

Wir Schweizer werden gerne als kleinkariert, vielleicht sogar etwas engstirnig oder hinterwäldlerisch belächelt. Mag sein, wohlan ... Wenn wir nun nach dem Ausklingen unseres eidgenössischen Jubiläumsjahres aber versuchen, über diese vergangenen anderthalb Jahrhunderte Vergleiche anzustellen oder eine Bilanz zu ziehen, so können wir eigentlich – ohne Überheblichkeit – feststellen: so schlecht lief es trotz diesen Eigenschaften nicht ... Es stimmt: da war bei uns kein kaiserlicher Glanz mit «schimmernder Wehr», kein königlicher Pomp, kein martialisches Gepränge umjubelter Führergestalten brauner, schwarzer oder roter Provenienz. Da war aber auch in unserem Lande kein Solferino, keine Düppeler Schanze, kein Königgrätz oder Gravelotte, kein Chemin des Dames, Isonzo, Skagerrak oder Flandern, kein Guernica, Warschau, Eben Emael, Coventry, Bloody Omaha oder Hürtgen Wald, keine Schüsse an der Zonengrenze oder balkanische Greuel. Ob diese Ereignisse kleine

Scharmützel am Rande der Geschichte oder entscheidende Schlachten waren, die bedauernden Einzelschicksale sind stets die gleichen: zerrissene Leiber, zerstörte Familien! Und dazu zerschlagene Wirtschaften und mehrmals ruinierte Währungen.

Das ist uns alles erspart geblieben; durch ein gütiges Schicksal, und auch – hilf Dir selbst, so hilft ... – durch unsere echte Demokratie und das sich Heraushalten aus «fremden Händeln», aber mit der Axt bzw. dem Vetterli-gewehr, dem Kar 31 oder dem Stgw 90 im Hause, durch die Akzeptanz der Kleinheit, dem trotz aller Kritik Sich-untereinander-verstehen-Wollen und 102 Bundesräten, die sich redlich Mühe gaben sowie hin und wieder auch ihre Mühe hatten, nicht zuletzt mit dem störrischen Volk. Nein, wir dürfen – ohne damit etwas über die Zukunft zu sagen – mit der Bilanz der 150 Jahre ganz unschweizerisch zufrieden sein. Und – ohne Schulmeisterei, sondern nur als Feststellung: wäre es überall so «klein» und ohne die sogenannten grossen Würfe abgelauten, Europa hätte um vieles weniger gelitten.

Oskar Buri, Urdorf

Jahrtausendwechsel

Vor mir liegt der eben eingetroffene «Schweizer Soldat 1/99». Auf Seite 24 unten rechts lese ich im Kästchen unter anderem, dass nun 1999 das letzte Jahr in diesem Jahrtausend beginne.

Also auch der Herr Hungerbühler huldigt dem weltweit verbreiteten Irrglauben, am 1.1.2000 beginne ein neues Jahrtausend. In der ganzen Welt herum schreiben allerlei Schreiber von den kolossalen Festen und Gelagen, die am 31.12.99/1.1.2000 stattfinden sollen.

Man überlege: Was findet am 1.1.2000 wirklich statt? Es wechselt lediglich die erste Zahl von 1 auf 2. Noch ist aber auch das Jahr 2000 zu durchleben, damit die 2000 Jahre wirklich um sind und am 1.1.2001 dann das neue Jahrtausend wirklich beginnt.

Aber seien Sie beruhigt: Sie stehen nicht allein. Auch in meinen Leibblättern «Ostschweizer Tagblatt» und «Thurgauer Zeitung» liest man laufend von 1999 als dem letzten Jahr des Jahrtausends. Und der «Blick» führt schon bald 2 Jahre ein Kästchen «noch ... Tage» bis zum Jahrtausendwechsel. Heute geht es im «Blick» noch 365 Tage, dabei wären es richtig noch 731 Tage (inkl. 29.2.2000).

Aber eben: Jetzt kommt die Preisfrage des Rätselons: «Wie viele Jahre umfasst ein «Jahrtausend»?»

In diesem Sinne zum zweitletzten Mal in diesem Jahrtausend: Es guets Neus allen Mitarbeiter(inne)n an unserem Heft.

Pi René Marquart, Rätselbauer «ChSdt»